Projekt

Initiator*innen: Matthias Schneider (KV Duisburg)

Titel: **Zugang zur Tafel und anderen Einrichtungen für alle die es brauchen**

Projektbeschreibung (Welche Maßnahmen stecken im Projekt?)

Eigentlich sollte eine Tafel nicht notwendig sein. Sie ist es jedoch in den meisten Kommunen. Insbesondere auch in Duisburg. Es gibt für viele Menschen immer wieder Situationen, in denen es am Nötigsten mangelt.

- Der **Zugang zur Tafel und anderen Einrichtungen** für Menschen mit besonderem Bedarf **soll mehr Menschen ermöglicht werden**, auch ohne Transfereinkommen und Bescheinigung, da es viele Gründe und Situationen gibt, die zu Armut führen.

- Wir unterstützen die Duisburger Tafel besser, insbesondere dadurch, dasss wir gute, passende Räume für den Tafelbetrieb zur Verfügung stellen.

- Wir bringen auf den Weg, dass die Stadt die Tafel dabei unterstützt, eine größere Zahl von Menschen mit Bedarf versorgen zu können. Dabei kann es um Geld, aber auch um die Beschaffung von Lebensmitelnnoder Grundgütern gehen.

Bis wann können wir das Projekt umsetzen?

Das Projekt lässt sich in den ersten Monaten nach einem entsprechenden Beschluss umsetzen.

Welche Gruppen/Initiativen/Ebenen müssen wir mitdenken?

Muss eng mit den Tafelbetreiber*innen abgestimmt werden. Wir Grünen inititieren, dass die Stadtverwaltung in kontinuierlichem, konstruktiven Dialog mit der Tafel steht.

Welche Synergie-Effekte gibt es? An welche Projekte könnte dieses Projekt angedockt werden?

Synergie-Effekte ergeben sich, wenn der Tafel-Zugang auf der Duisburg-Card aktiviert werden kann.

Begründung

In Duisburg leben überdurchschnittlich viele Menschen mit geringem Einkommen und ohne Vermögen. Dafür gibt es viele Gründe. Wir Grünen bekämpfen Erwerbslosigkeit, wir stärken die Menschen durch Weiterbildung und Chancen. Es muss aber auch Möglichkeiten geben für Menschen, Nahrungsmittel und Produkte für den Grundbedarf zu bekommen, wo keine andere Lösung in Sicht ist. Kostenlos oder zu Preisen, die sie zahlen können.

Beschlossen vom Grundsatz her im AK Sozialpolitik am 08.01.2020